

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 18. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Kreuzau
vom 05.04.2017

Mitgliederzahl: 17

Vorsitzender: Bürgermeister Eßer, Ingo

Anwesend sind:

a) die stimmberechtigten Ausschussmitglieder:

1. Eßer, Ingo
2. Ackers, Elfriede
3. Berens von Rautenfeld, Dagmar , vertritt Heidbüchel, Rolf
4. Braks, Egbert
5. Breuer, Adolf
6. Gunkel, Dirk , vertritt Dr. Nolten, Ralf
7. Heinrichs, Dirk
8. Hohn, Astrid
9. Hüttl, Detlef , vertritt Lennartz, Ulrich
10. Iven, Axel
11. Kammer, Jürgen
12. Kaptain, Johannes
13. Kern, Karl-Heinz
14. Lüttgen, Wolfgang
15. Stoffels, Björn , vertritt Stoffels, Manfred
16. Winter, Heinrich

b) von der Verwaltung:

1. Herr Schmühl
2. Herr Steg
3. Herr Drewes-Janssen
4. Herr Gottstein
5. Herr Wolfram (bis TOP 4)

Es fehlen

Heidbüchel, Rolf
Lennartz, Ulrich
Dr. Nolten, Ralf
Schmitz, Hermann-Josef
Stoffels, Manfred

Tagungsort: Rathaus Kreuzau, großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:15 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt BM Eßer fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen ist. Es wird angefragt, ob Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gestellt werden.

AM Iven teilt mit, dass die SPD-Fraktion bisher noch nicht über die Verwaltungsvorlage „Neufassung der Friedhofsgebührensatzung“ beraten habe. Auch die anderen Fraktionen melden noch einen Beratungsbedarf an. Insoweit schlägt BM Eßer vor, den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzungsrunde zu vertagen. Hiermit sind alle Ausschussmitglieder einverstanden.

TAGESORDNUNG:

A. Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Mitteilungen
3. Beitritt der Gemeinde Kreuzau zur d-NRW AöR
Vorlage: 26/2017
4. Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Gemeinde Kreuzau
Vorlage: 28/2017
5. Verwendung der Mittel aus dem Investitionsprogramm "Gute Schule 2020"
Vorlage: 30/2017
6. 2. Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes A 4, Ortsteil Bogheim;
Hier: 1. Abwägung zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung
2. Beschluss zur Durchführung der Offenlage
Vorlage: 39/2016 1. Ergänzung
7. Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Kreuzau
Vorlage: 83/2016 1. Ergänzung
8. Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf Erkundung der
Bereitschaft von Nachbarkommunen zur Zusammenlegung von Standesamtsbezirken im
Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit
Vorlage: 90/2016 1. Ergänzung
9. Zuschüsse an Vereine und Verbände
Vorlage: 9/2017
10. Anfragen

A. Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

2. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

3. Beitritt der Gemeinde Kreuzau zur d-NRW AöR Vorlage: 26/2017

Herr Kern fragt an, was sich hinter der Formulierung im dritten Absatz der 1. Seite der Vorlage „ausschreibungsfrei Aufträge an die kommunalen Rechenzentren vergeben“, verberge. Durch die KDVZ Frechen wurden der Verwaltung die nachfolgenden Links

- Vergabemarktplatz NRW (<https://www.vergabe.nrw.de>)
- Das Meldeportal NRW für Behörden (<http://www.d-nrw.de/projekte/meldeportal-behoerden-nrw.html>)
- Die Verwaltungssuchmaschine NRW (<http://vsm.d-nrw.de/index/search>)
- Einheitlicher Ansprechpartner NRW (<http://www.d-nrw.de/projekte/einheitlicher-ansprechpartner-nrw.html>)
- Kibiz.web (<http://www.d-nrw.de/projekte/kinder-jugend.html>), <https://www.kibiz.web.nrw.de/auth/login>)
- Servicekonto NRW (http://www.cebit.nrw.de/e_government/09_KDN.html)

zur Information übersandt.

In den in den Links führenden Projekten müssen von den nutzenden Rechenzentren keine Kosten für Hosting (Kosten z.B. für Internetdienste) und Programmierung bezahlt werden. Dies kommt auch den angeschlossenen Kommunen zugute.

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeinde Kreuzau tritt rückwirkend zum 1.1.2017 der neuen Anstalt d-NRW bei.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die als Anlage 4 beigefügte Beitrittserklärung abzugeben.

Beratungsergebnis: einstimmig, 1 Enthaltung

4. Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Gemeinde Kreuzau Vorlage: 28/2017

Beschlussvorschlag:

Die 9. Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen - Friedhofsordnung- der Gemeinde Kreuzau wird in der als Anlage beigefügten Form beschlossen.

Beratungsergebnis: abgesetzt

**5. Verwendung der Mittel aus dem Investitionsprogramm "Gute Schule 2020"
Vorlage: 30/2017**

BM Eßer erläutert die Vorlage und die kurzfristige Einrichtung eines Arbeitskreises zur Festlegung der Maßnahmenliste. In diesem Arbeitskreis wurde gute Arbeit geleistet. Eine überarbeitete Maßnahmenliste mit Investitionsabsichten liegt der Vorlage bei.

AM Hohn fragt an, ob Investitionen für energetische Sanierungen möglich seien.

Herr Schmühl antwortet, dass energetische Maßnahmen durch die Verwaltung eingebracht worden seien, diese aber auch über die Schul- und Bildungspauschale bezahlt werden können. Im Arbeitskreis seien die Wünsche der Schulen priorisiert worden.

Grundsätzlich seien aber energetische Maßnahmen im Blickfeld der Verwaltung und werden sukzessive weiter vorangetrieben.

AM Berens von Rautenfeld teilt mit, dass der aufgestellte Investitionsplan die Möglichkeit gebe, auch die anderen Fördertöpfe zu bedienen. Sie schlägt vor, dass im Herbst 2017 nochmals eine Sitzung des Arbeitskreises stattfinden sollte, damit weiter beraten werden könne.

Beschlussvorschlag:

Der vom Arbeitskreis am 22.03.2017 erstellten und als Anlage beigefügten Maßnahmenliste wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: einstimmig

**6. 2. Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes A 4, Ortsteil Bogheim;
Hier: 1. Abwägung zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung
2. Beschluss zur Durchführung der Offenlage
Vorlage: 39/2016 1. Ergänzung**

Beschlussvorschlag:

1. Den in der beigefügten Anlage 1 aufgeführten Beschlussvorschlägen zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB wird gefolgt.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt die Offenlage gem. § 3 (2) BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4(2) BauGB durchzuführen.

Beratungsergebnis: einstimmig

**7. Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Kreuzau
Vorlage: 83/2016 1. Ergänzung**

Es wird vorgeschlagen, die einzelnen ASB zu diskutieren und auch Einzelbeschlüsse zu fassen. Hiermit sind die anwesenden AM einverstanden.

ASB Stockheim

AM Iven erklärt für die SPD-Fraktion, dass sie dem Verwaltungsvorschlag folgen werde.

AM Hohn teilt mit, dass der Verwaltungsvorschlag bis auf die Fläche an der Marienstraße (ca. 4,9 ha.) mitgetragen werde. Auch die beiden CDU-Erweiterungsvorschläge entlang der B 56 werden von der Fraktion B90/Grüne mitgetragen.

Zur Flächen für den großflächigen Einzelhandel (EZH)erläutert Herr Schmühl, dass zuletzt vier mögliche Standorte diskutiert worden sind, der Standort hinter der Turnhalle verwaltungsseitig favorisiert werde.

Herr Gottstein ergänzt, dass der Standort hinter der Turnhalle aus Sicht der Verwaltung deswegen 1. Priorität habe, da es zu diesem Standort bereits heute eine direkte Zuwegung zur B 56 gebe. Es wird sich darauf verständigt, alle Optionen zum großflächigen EZH für die Gespräche mit der Bezirksregierung Köln (BR Köln) offen zu lassen.

AM Kaptain plädiert dafür die Erweiterungsfläche an der Marienstraße nicht aufzugeben. Man habe in den kommenden Gesprächen dann auch mehr Diskussionsmasse gegenüber der BR Köln. AM Kern bittet, die vorhandenen Karten zum ASB Stockheim zusammenzufassen und zum nächsten Rat vorzulegen, dies wird verwaltungsseitig zugesagt.

Auf Anfrage erläutert Herr Schmühl, dass es schwierig werde, die mittig in Stockheim dargestellte Reservefläche zwischen Kreuzauauer Str. und Andreasstr. einer Bebauung zuzuführen. Die Fläche sollte jedoch nicht offensiv aufgegeben werden, sondern als mögliche Verhandlungsmasse in die Gespräche mit der BR Köln eingebracht werden.

BM Eßer fasst die Gesprächsinhalte zusammen und lässt über den Verwaltungsvorschlag inklusive des CDU-Änderungsantrages wie folgt abstimmen:

1. Aufnahme Erweiterungsfläche Marienstraße: 14 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen
2. restliche Flächenvorschläge inkl. der zwei CDU-Erweiterungsflächen entlang B 56: Einstimmig

ASB Drove

AM Iven teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag folgen könne. AM Kaptain erläutert den Alternativvorschlag der CDU-Fraktion, der vorsieht die Reservefläche zwischen Kommweg und L 249 in seiner Länge komplett beizubehalten, dabei aber auch eine Breite von ca. 80 m zu reduzieren.

AM Kern fragt zur bestehenden Reservefläche am nordöstlichen Ortsrand (ca. 5,0 ha) an, wie sich diese Fläche erschließungstechnisch darstellt. Herr Schmühl erläutert, dass für diesen Bereich die Erschließung wesentlich einfacher sei. Der Verwaltungsvorschlag zur Fläche zwischen L 249 und Kommweg (in der Karte gelb markierter Bereich) sei aufgrund der möglichen Zufahrten in das neue Baugebiet vom Kommweg aus gewählt worden. Die Fläche sei kleiner als der Vorschlag der CDU-Fraktion, stelle aber erschließungstechnisch die einfachere Lösung dar.

AM Braks kann sich ebenfalls dem Verwaltungsvorschlag anschließen. Er fragt an, ob die Fläche hinter der verwaltungsseitig vorgeschlagenen Erweiterungsfläche an der Wehrstraße möglicherweise früher eine Müllkippe gewesen ist.

Herr Schmühl teilt mit, dass alle Flächen zunächst in den Gesprächen mit der BR Köln abzustimmen sind. Erst nach diesen Gesprächen können detaillierte Untersuchungen angestellt werden. Nach den vorliegenden Unterlagen seien aber keine Altlasten in den ausgewiesenen Bereichen bekannt.

BM Eßer fragt an, ob der Sportplatz Drove langfristig aufgegeben werden soll.

AM Kaptain erläutert hierzu, dass der Drover Sportplatz eine ungünstige Lage habe und als Zukunftsidee ein gemeinsamer neuer Sportplatz für die Vereine aus Drove und Kreuzau geschaffen werden könnte. Diese Idee sollte ebenfalls mit der BR Köln besprochen werden.

Herr Schmühl führt aus, dass die Sportplatzfläche in Kreuzau für die Ansiedlung von Einzelhandel sehr interessant sei, aber heute hierzu keine Entscheidung getroffen werde.

Herr Kaptain gibt zu bedenken, dass dieser Sportplatz der einzige im Südkreis sei, der über eine 400 Meter Laufbahn verfüge.

AM Braks spricht sich positiv zu der Idee ein Sportzentrum für die Vereine zu schaffen aus.

AM Iven erläutert zum Antrag der CDU-Fraktion, dass am Kommweg heute ca. 110 Häuser stehen. Sollte dem CDU Vorschlag gefolgt werden, komme nochmals die gleiche Anzahl von Gebäuden hinzu, die eine entsprechende Erhöhung des Verkehrsaufkommens im Kommweg auslöst. Dies werde zu massiven Verkehrsproblemen in der Ortslage Drove führen.

BM Eßer fasst die Gesprächsinhalte zusammen und lässt über den weitergehenden Antrag der CDU abstimmen:

Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, damit ist der Antrag abgelehnt.

Danach lässt er über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Ergebnis: 15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

ASB Winden

AM Iven führt zum Antrag der CDU-Fraktion aus, dass er die vorgesehene Ausweisung der Flächen an der Bergstraße für problematisch halte.

Die SPD-Fraktion ist ansonsten mit dem Verwaltungsvorschlag einverstanden.

AM Heinrichs erläutert, dass die CDU-Fraktion eine kleinere Fläche an der Bergstraße beantragt habe, es gehe nur um den Bereich der Verlängerung der Bergstraße bis zur Höhe der Metzgerei Reuter.

AM Kern führt aus, dass er auch im Hinblick auf die enormen Kosten des dort zu tätigen Straßenbaus sich gegen diese Fläche ausspreche. Er vertritt die Auffassung, dass die Ausweisung und Rücknahme von Flächen aus allen vier ASB zusammen betrachtet und möglichst ausgeglichen sein müsse.

AM Iven teilt mit, dass die SPD-Fraktion unter anderen Erkenntnissen beraten habe und den Vorschlag der CDU zur Verlängerung der Bergstraße zunächst in seiner Fraktion besprechen müsse.

Frau Hohn fragt an, ob die Erschließung der Verlängerung der Bergstraße wirtschaftlich umsetzbar sei.

Herr Schmühl erläutert, dass die verlängerte Bergstraße in der Örtlichkeit derzeit nur als Pfad erkennbar sei. Das gemeindliche Grundstück, das zur Straße ausgebaut werden würde, sei jedoch 8 m breit. Die Erschließungsarbeiten werden sicherlich über die sonst üblichen Kosten hinausgehen.

Herr Gottstein berichtet, dass die Fläche in südlicher Verlängerung der Urbanusstraße nur einseitig bebaubar sei und somit von der Verwaltung für ungeeignet erachtet wird. Grundsätzlich gilt, dass alle Flächen östlich von Winden einer FFH-Vorprüfung unterzogen werden müssten. Herr Schmühl ergänzt, dass Landwirte bereits geklagt haben, dass hier gutes Ackerland einer anderen Nutzung zugeführt werden soll. Die CDU beantragt die Reservefläche der südlichen Erweiterung Urbanusstraße nur zur Hälfte beizubehalten. Die südliche Hälfte der Reservefläche solle als Verhandlungsmasse aufgegeben werden, das nördliche Teilstück solle beibehalten werden.

Im Hinblick auf die Vorgaben zu Wasserschutzgebieten wird durch AM Winter angefragt, ob hier eine Bebauung überhaupt genehmigungsfähig sei.

Herr Gottstein führt aus, dass es sich hier um die Wasserschutzzone III a handele, insoweit sei dies kein KO-Kriterium für eine eventuelle zukünftige Bebauung.

BM Eßer fasst die Gesprächsinhalte zusammen und stellt fest, dass der Bereich Bergstraße heute aus der Beschlussfassung ausgenommen wird.

Es wird über den Verwaltungsvorschlag + CDU-Änderungsvorschlag wie folgt beschlossen:

7 Ja-Stimmen, 1-Nein Stimme, 6 Enthaltungen

ASB Kreuzau

AM Iven erklärt sich mit dem Verwaltungsvorschlag einverstanden. Es gebe aber noch Klärungsbedarf zur Alternativfläche „Rotes Haus“. Er habe gestern mit Vertretern der Fa. Hoesch gesprochen, in seiner Fraktion müsse die Angelegenheit aber noch erörtert werden.

Vorwiegend aus ökologischen Gründen spricht sich AM Hohn stellvertretend für die Fraktion B90/Grünen gegen die Fläche „Rotes Haus“ aus. Mit den anderen Flächen im ASB Kreuzau sei sie einverstanden.

AM Kern fragt an, ob es grobe Kostenschätzungen zur Verlegung der Hochspannungsleitungen in Kreuzau-Ost gebe?

Durch die Verwaltungsvertreter wird erläutert, dass nach Angaben von RWE eine oberirdische Verlegung mindestens 1,0 Mio. €, die unterirdische Verlegung der Leitungen mindestens 2,0 Mio. € kosten werde. Zudem bestehe für die Leitungen eine grundbuchliche Sicherung, die bei einer Verlegung neu zu erbringen wäre und zusätzliche Kosten hervorrufen würde. Die Fläche Kreuzau-Ost sollte trotzdem als Potentialfläche dargestellt werden.

AM Kaptain spricht sich ebenfalls für den Verwaltungsvorschlag aus. Die Flächen „Rotes Haus“ und „Malzfabrik“ können in das Kommunalgespräch eingebaut werden.

Auch AM Braks spricht sich für den Verwaltungsvorschlag aus.

BM Eßer fasst auch hier die Gesprächsinhalte zusammen und lässt über den Verwaltungsvorschlag abstimmen:

9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen.

Hinweis: Übersichtskarten der 4 ASB-Bereiche sind als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag:

1. Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Kreuzau wird beschlossen.

Beratungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

2. Die vier im Regionalplan abgebildeten Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) Kreuzau, Winden, Drove und Stockheim bleiben als ASB erhalten.

Beratungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

3. ASB Stockheim

Beratungsergebnis: Erweiterungsfläche Marienstraße
14 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

Erweiterungsfläche Mönchweg und entlang B 56
einstimmig

4 Sonderflächen für großflächigen Einzelhandel (Fläche neben der Turnhalle wird favorisiert)
einstimmig

Vorhandene innerörtliche Reservefläche wird aufgegeben, wenn diese in die Flächenbilanz einbezogen werden müsste
einstimmig

Beschlussvorschlag:

4. ASB Drove

Beratungsergebnis: Bestehende Reservefläche am Ortseingang wird beibehalten
einstimmig

Bestehende Reservefläche entlang Kommweg wird entsprechend CDU
Vorschlag beibehalten
8 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen

Bestehende Reservefläche entlang Kommweg wird entsprechend dem
Verwaltungsvorschlag beibehalten
15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

Neue Wohnbaufläche entlang Wehrstraße
einstimmig

Darstellung einer Sportplatzfläche westlich L 249 wird die Notwendigkeit
geprüft, ob bereits jetzt eine Darstellung zwingend notwendig
einstimmig

Beschlussvorschlag:

5. ASB Winden

Reservefläche südlich des Sportplatzes wird beibehalten

Reservefläche südlich Verlängerung Urbanusstraße wird tlw. gem. CDU-Vorschlag beibehalten.

Reservefläche südlich Verlängerung Urbanusstraße wird gem. Verwaltungsvorschlag aufgegeben

Erweiterungsfläche Bergstraße (Teilstück zwischen Hs-Nr. 47 und Hs-Nr. 31) wird neu beantragt

Beratungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 6 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

6. ASB Kreuzau

Reservefläche Kreuzau Süd wird beibehalten

Reservefläche nördlich der PM-Tankstelle wird beibehalten aber in SO-Fläche für großflächigen
Einzelhandel umgewandelt

Erweiterungsfläche Kreuzau Ost wird beantragt

Erweiterungsfläche „Zur Alten Malzfabrik“ wird beantragt

Erweiterungsfläche im Bereich „Rotes Haus“ wird beantragt

Beratungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

8. **Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf Erkundung
der Bereitschaft von Nachbarkommunen zur Zusammenlegung von
Standesamtsbezirken im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit
Vorlage: 90/2016 1. Ergänzung**

Beschlussvorschlag:

Das Befragungsergebnis wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: einstimmig

9. Zuschüsse an Vereine und Verbände
Vorlage: 9/2017

BM Eßer erläutert, dass die Verwaltung alle erbetenen Informationen zusammen getragen habe, wie es aus der Politik gefordert war. Die direkte und indirekte Vereinsförderung sei erkennbar, ebenso die Grundlage der Bezuschussung an die verschiedenen Vereine.

AM Braks lobt den Verwaltungsvorschlag, stellt aber fest, dass noch Beratungsbedarf in seiner Fraktion bestehe.

AM Iven teilt mit, dass einige Vereine noch nicht geantwortet haben, was er absolut nicht für in Ordnung halte. Er bittet die Verwaltung hier am Ball zu bleiben, dies wird verwaltungsseitig zugesagt.

In diesem Zusammenhang wird durch das AM Heinrichs vorgeschlagen, dass die Vereine die jeweiligen Kontaktdaten jährlich an die Verwaltung melden sollten.

Beschlussvorschlag:

Die zur Verfügung gestellten Übersichten werden zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Beratungsergebnis: einstimmig

10. Anfragen

AM Braks teilt mit, dass gemäß eines Berichtes aus der Tageszeitung in der Gemeinde Nörvenich eine Straßenlaterne mit W-LAN und Stromzapfstelle aufgestellt worden sei. Er fragt an, ob seitens der Gemeinde Kreuzau Kontakt mit dem RWE diesbezüglich aufgenommen worden sei. BM Eßer teilt mit, dass noch keine Kontaktaufnahme erfolgt sei. Aus dem Kommunalbeirat der RWE Energie AG wisse er, dass die Errichtung dieser Säule auf Anregung des Bürgermeisters der Gemeinde Nörvenich erfolgt sei. Die Aufstellung des Mastes kostet 12.000 €, die von der Kommune finanziert werden müssten. Aus diesem Grund wurde verwaltungsseitig dieser Gedanke nicht aufgegriffen.

Kreuzau, den 05.04.2017

Bürgermeister:

- Eßer -

Schriftführer:

- Drewes-Janssen-